

KOLUMNE Die Föderalismus-Reform duldet keinen Aufschub / *Von Konrad Adam*

Gleich heißt gleich schlecht

Jetzt, da die Föderalismus-Reform nach endlosen Wehen näher rückt, sammeln sich die Bedenkenträger und warnen davor, die Sache übers Knie zu brechen. Als ob davon die Rede sein könnte! Die Mängel sind seit Jahren bekannt, seit Jahren wird beraten und nach Besserung gesucht. Mit dem Ergebnis, daß jetzt noch einmal nachgebessert werden soll. Was das bedeutet, kann nach den Nachbesserungen, die aus Hartz IV ein Milliardengrab gemacht haben, kaum zweifelhaft sein. Nachbessern heißt im Deutschen schlechter machen.

Längst ist der Punkt erreicht, an dem es nicht mehr um die Frage geht, wie die Reform aussehen sollte, sondern ob sie überhaupt noch gelingt. Die Einzelheiten sind fast gleichgültig geworden, vorausgesetzt, die Sache kommt nun endlich in Gang. Völlig zu Recht spricht der Konvent für Deutschland, ein Zusammenschluß von Leuten, die nichts

mehr werden müssen, weil sie schon etwas sind, von einem Prüfstein für die Reformfähigkeit des Landes.

Fast 50 Jahre lang ist zwischen den Bundesländern ein Finanzausgleich betrieben worden, der von dem Kinderglauben zehrte, daß Unterschiede etwas Böses sind. Im Deutschen sei das Wort Unterschied ein negativ besetzter Begriff, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ kürzlich; vom Wettbewerb, der Unterschiede voraussetzt oder hervorbringt, gilt das leider auch. Er wird von all denen bekämpft, die meinen, daß sie ein Recht hätten, ihr Leben auf Kosten anderer zu führen.

Um hierzulande etwas darzustellen, muß man ein Opfer sein, egal von wem. Es gibt eine Vorliebe für die Verlierer, für das ungesunde, hinfallige, mißratene oder beschädigte Leben; und spiegelbildlich dazu einen Generalverdacht gegen alles, was sich im Wettbewerb aus eigener

Kraft behaupten kann: die späte Antwort auf den Sozialdarwinismus der Nazis? Ein Bundesland wie Berlin, das in Karlsruhe

„Es gibt hierzulande eine Vorliebe für die Verlierer“



die anderen auf Zahlung verklagt, hat alle Sympathien hinter sich; kaum vorstellbar das öffentliche Toben, wenn eines der Geberländer auf denselben Einfall käme, nur eben mit dem Ziel, seine Einnahmen für sich zu behalten.

Die Deutschen haben sich daran gewöhnt, die Welt aus der Perspektive der Zukurzgekommenen zu betrachten. Ihre Aufmerksamkeit gilt den Unterprivilegierten – wogegen nicht

viel einzuwenden wäre, wenn es nicht mit Vorwürfen und Attacken gegen die Stärkeren verbunden wäre, die den Karren aus dem Morast ziehen sollen. So ist es hierzulande aber nicht. Die Abneigung gegen jede Art von Unterschieden hat sich durchgesetzt und die Verhältnisse kippen lassen, zugunsten der Schwachen und zu Lasten der Starken. Elf Länder halten den Beutel auf, den die fünf anderen füllen sollen.

Wohin das führt, lehrt ein Blick auf das Urteil der Rating-Agenturen. Man muß von der Weisheit dieser Finanzschiedsrichter keine allzu hohe Meinung haben, um unruhig zu werden, wenn man liest, wie Moody's oder Standard & Poors die Kreditwürdigkeit etlicher Bundesländer einschätzen. Neben den östlichen Ländern, die aus historischen Gründen durchweg schlecht dastehen, schneiden auch Westländer wie Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein ziemlich

enttäuschend ab. Wie zum Beweis dafür, daß „gleich“ dasselbe wie „gleich schlecht“ bedeutet.

Wer die Föderalismus-Reform bekämpft oder für überflüssig hält, sollte die beiden Fragen beantworten, die Roman Herzog neulich gestellt hat. Was wahrscheinlicher sei: daß die landesweit verfügte Einheitslösung die bestmögliche ist oder daß sich unter 16 konkurrierenden Ansätzen ein oder gar mehrere Trefker befinden? Und wenn die Chance, auf Anhieb die richtige Lösung zu finden, begrenzt sei: was dann größeren Schaden anrichte, die falsche Lösung für die ganze Republik oder der Mißgriff im Kleinen?

Die Antwort gab Pisa. Wären die Zentralisten seinerzeit siegreich gewesen, stünde das ganze Land heute dort, wo jetzt nur Bundesländer wie Bremen stehen.